



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KN/105 - 16. August 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0386890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

|       |  |    |
|-------|--|----|
| 1     | <u>Ulbrichts Kampf gegen den "Sozialdemokratismus"</u>       | 49 |
|       | Unsere Antwort   |    |
|       | Von Kurt Mattick, MdB  |    |
| 2 - 3 | <u>Das Dilemma Griechenlands</u>                             | 72 |
|       | Permanente Staatskrise                                       |    |
|       | Von Dr. Basil Methiopoulos                                   |    |
| 4     | <u>Klarheit dringend erforderlich!</u>                       | 40 |
|       | Was hat de Gaulle den Polen zur Frage der                    |    |
|       | Oder-Weisse-Linie geantwortet?                               |    |
| 5     | <u>Von "Oberland" zu Oberländer</u>                          | 47 |
|       | Die Rundschreiben des Herrn Arcur von Washui                 |    |
| 6 - 7 | <u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u>                 |    |
|       | Aufstellungen in deutschen Städten                           |    |
|       | <u>Karlsruhe - von der Residenz zur Wirtschaftsmetropole</u> | 97 |
|       | Von Oberbürgermeister Günther Klotz                          |    |

\* \* \*

## Ulbrichts Kampf gegen den "Sozialdemokratismus"

Unsere Antwort

Von Kurt Matzick, MdB

Der Kampf der SED gegen den "Sozialdemokratismus" in ihrem Herrschaftsbereich ist in der letzten Woche im gewissen Sinne personifiziert worden. In der Zone gibt es keine Sozialdemokratische Partei, daher ist der "Sozialdemokratismus" nicht direkt persönlich greifbar. Er ist im wesentlichen eine Stimmung, eine Atmosphäre, ein politischer Massendruck gegen die SED, und daher trotz Grotewohl-, Ulbricht- und Matern reden sehr schwer zu bekämpfen.

In letzter Zeit müssen daher sozialdemokratische Funktionäre aus dem Ostsektor von Berlin herhalten. Aufgrund der Viernächte-Vereinbarungen gibt es in ganz Berlin die Sozialdemokratische Partei und auch die SED. Zwei sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und mehrere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses sind Bewohner des Ostsektors von Berlin. Gegen diese Gruppe richtet sich jetzt der Hauptstoß der SED. Mit böswilliger Verleumdungen und Unterstellungen sollen diese sozialdemokratischen Funktionäre bei der Bevölkerung diffamiert, in ihrem Ansehen herabgewürdigt und eine gewisse Prognostimmung gegen sie entwickelt werden.

So wurde die Bundestagsabgeordnete Berger-Heise angeprangert, daß sie den "Wehner'schen Kriegskurs" unterstützt. Der entscheidende Angriff geht gegenwärtig gegen den Bundestagsabgeordneten Kurt Neubauer, der gleichzeitig Kreisvorsitzender des Kreises Friedrichshagen der SPD (Ostsektor) ist. Neubauer hat in Westberlin vor einer Gruppe junger Menschen über die heutige Bundeswehr, ihre demokratischen Ordnungsprinzipien und die gesetzlichen Grundlagen für den demokratischen Staatsbürger in Uniform geredet.

Gerade angesichts der Verleumdung, die immer wieder von der SED gegen die neue "faschistische Armee" der Bundesrepublik erhoben wird, halten wir es für notwendig, der jungen Generation auch die Erfolge des sozialdemokratischen Wirkens in der Bundesrepublik darzulegen. Die SED-Propaganda unterstellt nun Neubauer, er hätte in Westberlin für die Bundeswehr geworben. Ein in "Neuen Deutschland" veröffentlichter Leserbrief stellt nunmehr die Frage, warum man gegen den "DDR-Bürger Neubauer" nicht die Gesetze zum Schutze des Friedens anwendet, wenn er Kriegsgesetze betreibt. Nach diesem Gesetz kann jemand sogar zum Tode verurteilt werden.

Die Sozialdemokratische Partei genießt im Ostsektor von Berlin in der Bevölkerung großes Ansehen. Sie sorgt für den menschlichen und politischen Kontakt zwischen Ost- und Westberlin und die mehr als 6000 SPD-Mitglieder, die im Ostsektor leben und arbeiten, erhalten die Widerstandskraft und die Hoffnung der Menschen aufrecht. Die SED weiß genau, daß kein sozialdemokratischer Funktionär Kriegsgesetze betreibt. Aber wenn er es nicht tut, muß es eben erfunden werden, um neue Angriffsflächen gegen die Sozialdemokraten und in diesem Falle gleichzeitig gegen den Viernächtestatus von Berlin zu erhalten. Die SED wird sich damit abfinden müssen, daß die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei als einheitliches Ganzes auftreten, wo immer sie sind und damit auch sozialdemokratische Politik vertreten. Ziel dieser Politik ist und bleibt die Selbstbestimmung für alle Deutschen und ein Friedensvertrag mit einer gewählten deutschen Vertretung.

## Das Dilemma Griechenlands

Von Dr. Basil Mathopoulos

Alle wissenschaftlichen Studien über die politische und wirtschaftliche Struktur des griechischen Staates sind sich darin einig, dass eine allgemeine permanente Krise über das Land geht. Die Ursache: Griechenland erlebte in den Jahren 1936 - 1940 eine Diktatur, von der die Institutionen, in denen die alten demokratischen Traditionen des Landes ihren Ausdruck fanden, verfälscht und überlagert wurden. Der zweite Weltkrieg brachte dann mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruch Ergebnisse, die ihren Stempel einer langen Nachkriegsperiode auftrüebten. Zwei kommunistische Aufstände, im Dezember 1944 und in den Jahren 1946 - 1949, hatte das Land zu überstehen und zu überwinden, die jedoch die äussersten Rechte seither - mit Ausnahme einer demokratischen Ära von 1950 bis 1952 - unter dem Mantel der Gegenrevolution zum Erben der Vorkriegsdiktatur werden liessen und sie zu radikalen schein-demokratischen Schemen machte. Es ist also praktisch der Kommunismus gewesen, der eine demokratische Entwicklung in Griechenland verhindert hat.

### Künstliche Mehrheit der Rechten

Merkwürdige Wahlsysteme, die zu jeder Wahl - je nach den Kalkulationen der gerade regierenden Partei ausgehandelt wurden -, haben dazu geführt, dass die Rechte seit 1952 unter verschiedenen Fassungen und Bezeichnungen trotz einer Minderheit an Stimmen die absolute Mehrheit im Parlament erhielt. Die heutige Regierung verfügt beispielsweise nur über 41 Prozent der Stimmen, gleichzeitig aber sitzen 174 von 300 Abgeordneten in der Nationalversammlung "Vouli".

Die bruchliegende Sozialpolitik der Regierungen seit 1952 brachte der äussersten Linken, die seit den kommunistischen Aufständen moralisch und politisch vollkommen isoliert war, und die bei den Wahlen von 1952 nur noch 10 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, im Mai 1958 bei den letzten Parlamentswahlen plötzlich 24,6 Prozent der Stimmen. Die Kommunistische Partei selbst ist in Griechenland seit 1947 verboten, aber sie lebt dennoch fort in der Terrororganisation EDA (Einheitsliche Demokratische Linke).

### Keine zielstrebige Wirtschafts- und Sozialpolitik

Für die gesamte Sozialpolitik des Landes werden gegenwärtig 9 Prozent des Staatshaushaltes aufgewendet, für Unterricht und Erziehung etwa die gleiche Summe, für die Verteidigung jedoch 35 Prozent der Staatsausgaben, also etwa 10 Prozent des Bruttozionalloinkommens. Die Arbeitspolitik steht unter der ausschliesslichen Kontrolle des Staates, woran auch das Internationale Arbeitsbüro in Genf mit seinen Protesten gegen die Beeinflussung des Staates auf die Wahl der Gewerkschaftsbünde bisher nichts hat ändern können.

Obwohl im Wirtschaftsbereich manches unternommen wurde, macht sich störend bemerkbar, dass bestimmte Monopole die Wirtschaftspolitik unter ihren Einflussbereich bringen, so dass von der Regierung keine folgerechte eigene Wirtschaftspolitik mehr betrieben werden kann. Nach einer offiziellen Statistik z.B. wurden von der gesamten Marshallplanhilfe, die für Griechenland 2,2 Milliarden Dollar betrug, nur 5 Prozent für Produktionsziele im eigenen Land verwendet!

Die Steuerlast ist sehr ungerecht verteilt, da sie in erster Linie die arbeitende Bevölkerung trifft, und dann erst die Unternehmer, denen die Steuerpolitik einseitige Vorteile bringt. Schließlich ist in den letzten beiden Jahren die Unterbeschäftigung erschreckend angestiegen - die Arbeitslosigkeit erreichte mit 250 000 Arbeitssuchenden ein bedenkliches Ausmass. Eine Folge davon ist die immer stärker ins Gewicht fallende Auswanderung, durch die die besten Kräfte des Landes verloren gehen. Allein in der Bundesrepublik sollen bis Ende nächsten Jahres 100 000 Griechen Arbeit finden!

### Sammlung der demokratischen Linken?

Die Tatsache, dass die grösste Oppositionspartei in Griechenland die äusserste Linke ist, veranlasst indes die Regierung, alle ihre Massnahmen mit der drohenden Gefahr des Kommunismus zu rechtfertigen. Es kommt hinzu, dass die übrige bürgerliche Opposition in fünf Parteien zer-splittert ist und somit keine konzentrierte Oppositionspolitik betreiben kann. Das allgemeine Vakuum im politischen Leben Griechenlands ist treffend charakterisiert mit der Feststellung, dass dem Lande eine starke sozialistische Partei fehlt. Bewegungen der jüngsten Zeit lassen nun allerdings hoffen, dass die demokratisch sozialistischen Kräfte im Lande sich angesichts der unakzeptablen Alternative: Masserater Rechte oder Kommunismus in einer eigenen Partei sammeln werden. Das ist - parallel zu einer Sammlung der bürgerlichen Parteien - unumwendig, damit die Institutionen des Landes nicht vorzeitig völlig ihrer demokratischen Prinzipien verlustig gehen. + + +

Klarheit dringend erforderlich!

Was hat de Gaulle den Polen zur Frage der Oder-Neisse-Linie geantwortet?

sp - Die Westmächte haben vor kurzem eine polnische Delegation beantwortet, in der Warschau u.a. ersucht hatte, zum Problem der Oder-Neisse-Linie Stellung zu nehmen. Die USA und Grossbritannien haben in ihren Antworten den die polnische Regierung eindeutig erklärt, die Frage der Oder-Neisse-Linie könne endgültig erst in einem Friedensvertrag mit Deutschland geregelt werden. Den Text der französischen Antworten kennt man bisher nicht.

Man hat das polnische Informationsbüro in Paris Anfang dieser Woche einen Kommentar zu den westlichen Stellungnahmen veröffentlicht und hierbei erklärt:

"Es ist zweifellos der Höhe wert zu unterstreichen, dass die französische Regierung ihre früher bekanntgegebene Haltung ins Gedächtnis zurückgerufen hat, die einer definitiven Anerkennung der Oder-Neisse-Linie günstig resultiert war und nicht geändert werden ist".

Offizielle französische Stellen haben inzwischen zu verstehen gegeben, dass eine Veröffentlichung der französischen Antworten an Warschau nicht vorgesehen sei und ausserdem die Frage, ob die polnischen Behauptungen zuträfen, mit der lakonischen Bemerkung "zwangsläufig" beantwortet.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in letzter Zeit mehrfach betont, zwischen ihm und seinem "Freund de Gaulle" herrsche bestes Einverständnis. In den grossen Fragen der europäischen Politik - so soll Dr. Adenauer in vertrauten Kreise erklärt haben - gebe es zwischen ihm und dem französischen Staatschef keine Meinungsverschiedenheiten. Wurde dürfte hinreichend bekannt sein, dass sowohl das Problem der Oder-Neisse-Linie wie das eines Friedensvertrages mit Deutschland ein europäisches Problem ersten Ranges ist. Schon seinerzeit, als Staatspräsident de Gaulle in einer Pressekonferenz zu verstehen gegeben hatte, dass für ihn die jetzige Oder-Neisse-Linie endgültig sei, wurde Dr. Adenauer von den politischen Parteien in der Bundesrepublik, aber auch von den Heimatvertriebenenverbänden aufgefordert, die französische Regierung um eine verbindliche Klärung dieser Angelegenheit zu ersuchen. Das ist unseres Wissens bis heute nicht geschehen.

Umso mehr dürfte es jetzt angebracht sein, nachdem man sich in Warschau wiederum auf de Gaulle beruft, und offizielle französische Stellen einer Klärung des Fragenkomplexes Oder-Neisse-Linie ausweichen, dass man durch seinen Botschafter in Paris in Erreichung zu bringen versucht, ob die französische Regierung die jetzige Oder-Neisse-Linie tatsächlich für endgültig hält. Klarheit ist dringend erforderlich!

+ + +

Von "Oberland" zu Oberländer

sp - Wenn man zehn Deutsche Mark für das Jahr 1960 an die Adresse der Grenzlanddruckerei einschickt, dann kann man sich der Verpflichtung enthalten fühlen, etwas für sein Volk zu opfern. Das ist der Vorschlag, den Artur von Nachui "mit Erlaubnis von Herrn Prof. Oberländer" den Freunden der "Meilensteine" unterbreitet. Er hat ihn an wohl tausend Adressen geschickt. Im nächsten Jahre muss die Zahlung dann aber wiederholt werden.

Diese "Meilensteiner" bilden eine "Gruppe", das sind etwa 15 Personen, die als "Kern" angesprochen werden, dann einen "Kreis", der "rund 40" Angehörige umfasst und zwar "schon gewonnene acht interessierte Freunde". Dann gibt es "Nachbarn" und Sympathisierende und solche, die begonnen haben, sich mit den Zielen auseinanderzusetzen.

Mit diesen Zielen hapert es noch etwas. Es gibt ein "zentrales Anliegen": "das Steckenbleiben in Konventionalität und Passivität" soll überwunden werden und "eine dynamische Haltung, insbesondere gegenüber dem zum Sprung ansetzenden bolschewistischen Feind" muss eingenommen werden. Das ist offenbar neuartig und gab es bisher noch nicht. Dann sollen die Meilensteiner in der deutschen Aussenpolitik "nicht länger passen" und "wollen" die zwangsläufige Vorsicht und die Unausgesprochenheit etwa unseres derzeitigen Aussenministers" nicht mehr "imitieren". Aber sie wollen auch nicht William Schlamme nachahmen. Es kommt etwas Besseres heraus, um "die vielfältigen Feinde im Lande kennenzulernen, sich rechtzeitig mit ihnen auseinanderzusetzen und sie auf alle nur erdenkliche Art zu überwinden".

Damit keine falschen Schlüsse gezogen werden (etwa im Gedenken daran, dass Herr Oberländer die Erlaubnis gegeben hat): die "erdenkliche Art" der Überwindung ist geistig gemeint, das steht ausdrücklich in dem vier Seiten langen Rundschreiben, das Herr von Nachui aus Limburg an der Lahn im Juli 1960 versandte und mit dem er - wiederholt und nachdrücklich - um zehn Deutsche Mark oder mehr bat.

Auf die Idee sind diese Meilensteiner nämlich noch nicht gekommen, dass man nicht nur zehn, nicht nur einhundert oder eintausend Deutsche Mark opfern müsste, sondern eine ganze Gesinnung und eine gesunde Moral, um ein Deutschland zu schaffen, in dem der Bolschewismus niemals Fuss fassen könnte. Dass sie eine soziale Demokratie aufbauen müssten, dass sie - natürlich auch unter persönlicher Verzichtung - die soziale Lage der Masse der Menschen in diesem Lande so gestalten müssten, dass diese Menschen sich in Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit bewegen könnten - das wäre die Lösung im "Kampf gegen den Bolschewismus", die eine unüberwindliche Front schaffen würde und das wäre ein unvergänglicher Meilenstein auf dem Wege der Menschheit zu einem menschenwürdigen Leben.

Sie aber bilden einen "Kreis" und "Gruppen" und sammeln sich ab und zu wieder genau das an, was einmal zu den Bündern gehörte und zu den Freikörpern und dann zur Harzburger Front und zur Untergang. Wir brauchen keine "Kern-Gruppen" und keine "Fachvereine", wir kennen alle diese Formen der Organisation und ihren Geist, der ein Ungedult war. Wir brauchen die patriotische Tat: das ist heute die soziale Tat, vollbracht in der Gemeinschaft.

## Karlsruhe - von der Residenz zur Wirtschaftsmetropole

Von Oberbürgermeister Günther Klutz

Alle Automarken und -firmen zu kennen, ist für die Jugend der Welt heute selbstverständliches Bildungstreiben. In Karlsruhe aber wird es nicht unwesentlich ergänzt durch die Begierde, auch die Flaggen der Herkunftsländer aller Reisender deuten zu können. Einen vortrefflichen Anschauungsunterricht hierfür bieten die internationalen Kongresse, die in steigender Zahl in der architektonisch beispielhaften Schwarzwaldhalle und den zahlreichen Sälen der Stadt ihr Domizil haben. Hier fand im August dieses Jahres auch die erste weltweite Atomenergie-Tagung auf bundesdeutschem Boden statt.

Daß ihre Stadt zu solch internationaler Bedeutsamkeit erwachsen könnte, haben sich die Karlsruher Bürger vor Jahren noch so wenig erhoffen können, als das Ende des zweiten Weltkrieges mit der Teilung Badens auch den Verlust des Residenzcharakters erbrachte, der bis dahin den ganzen Glanz der Landeshauptstadt ausmachte. Die bisher am wenigsten in seinem Lichte standen waren nun die ersten, die mit einem bewundernswerten Einsatz daran gingen, zunächst den ideellen und materiellen Schutt beiseitezuräumen und einen Anfang zu setzen, der sich innerhalb weniger Jahre zum ganz speziellen, von vollen Ausmaßen freien "Karlsruher Wirtschaftswunder" entwickelte.

Die Bevölkerung erkennt die Initiative und Leistung dieser Männer und Frauen voll an, wie sich immer wieder bei den Kommunalwahlen zeigt. Seit 1945 sind es stets Sozialdemokraten gewesen, die zum Stadtoberrhaupt gewählt wurden. Und auch in den Gemeinderat schickten die Wähler in allen seinen Perioden eine sozialdemokratische Mehrheit gegenüber den anderen Parteien, die in der jetzigen Periode sogar zur absoluten Mehrheit angewachsen ist.

In diesem Klima gedeihten prächtige Leistungen. 74 000 Wohnungen stehen heute den rund 240 000 Einwohnern wieder zur Verfügung, nachdem von den 57 000 bei Kriegsausbruch vorhandenen 12 500 total zerstörte wiederaufgebaut und für die Heimatvertriebenen, die 17,3 Prozent der heutigen Karlsruher Bevölkerung stellen, für die wachsende Zahl der Gastflüchtlinge, kurzum für die allmonatlich 600 bis 700 Neuzuziehenden große Investitionen gemacht worden waren. Die bemerkenswerte und für den modernen Städtebau allgemein beachtenswerte Ersig-  
nis im Wohnungsbau ist jedoch die Anlage einer Satellitenstadt mitten im stadtnahen Wald, der "Walddorf", die, im Jahre 1957 begonnen, heute bereits von 3800 Menschen bewohnt wird und im zügig voranschreitenden Erdausbau 25 000 Einwohner zählen wird.

Parallel dazu mußten die Bemühungen um die Erwerbegrundlage für die Familien gehen. Dies gelang mittels einer intensiven Wirtschaftsförderung. Unter der derzeit in Karlsruhe ansässigen 240 Industrie-  
förderung. Unter der derzeit in Karlsruhe ansässigen 240 Industrie-  
betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten befinden sich 106, die erst nach 1945 gegründet bzw. angesiedelt wurden. Dadurch konnte sich die Zahl der in der Industrie Beschäftigten seit 1949 nahezu verdoppeln.

Die Industriumsätze stiegen während dieser Zeit von 252 Millionen auf 864 Millionen DM. Bei diesen Anwachsen zur Wirtschaftsmetropole am Oberrhein verlor Karlsruhe doch nicht seine Bedeutung als Verwaltungssitz, wie nach dem Verlust der Residenzsignifikanz ursprünglich befürchtet wurde. Auch diesbezüglich wirkte sich die günstige Lage der Stadt an den in alle vier Himmelsrichtungen gehenden Hauptverkehrslinien aus und so wurde Karlsruhe als Sitz des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundesgerichtshofes zur "Residenz des Rechts", in der neben der Bundesanstalt für Wasserbau noch weitere bedeutsame Bundes- und Landesinstitutionen etabliert sind.

Unter den Aspekten der wissenschaftlichen Fortentwicklung maß neben der "Friedrichsna", der ältesten Technischen Hochschule Deutschlands, an erster Stelle das Deutsche Kernforschungszentrum genannt werden, für dessen Aufbau bei Karlsruhe sich nach einem mutigen Beschluß des Gemeinderates im Jahre 1955 und nach vorausgegangenen Bemühungen der Stadt das Bundesatomministerium entschließen konnte. Seitdem ist es zum Treffpunkt vieler internationaler Berührungen geworden. Nicht nur die rund 5 500 Studenten der Technischen Hochschule und die 1200 Ingegnierschüler des Badischen Staatstechnikums, sondern auch die 1000 Studierenden der Staatlichen Akademie der bildenden Künste, des Pädagogischen Instituts, der Badischen Musikhochschule und der Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie bekommen so ein interessantes Fluidum mit auf ihren beruflichen Weg. Begreiflich, daß bei all dem die Statistik über den Fremdenverkehr von Jahr zu Jahr eine frappant ansteigende Tendenz ausweist,

Die konsequenter kulturellen Bemühungen der Stadt finden in der jährlichen Verleihung eines Kulturpreises in Höhe von insgesamt 10 000 DM an Literaten, bildende Künstler und Musiker ihren speziellen, heimatverbundenen Ausdruck. Über zwei Millionen DM gibt Karlsruhe jährlich allein zur Pflege der Konzerte und der Schauspielkunst aus - Gelder, die neben den Aufführungen des Badischen Staatstheaters und der beiden Karlsruher Privattheater vielseitige Veranstaltungen der Vereine und Vereinigungen ermöglichen.

Wie eng die Pflege des Geistes und des Körpers, Kultur- und Gesundheitspflege miteinander verbunden sind, erkennt man bei richtiger Einschätzung der Millionenausgaben der Stadt für ihre Schulen und ihre Turn- und Spielplätze, für den Karlsruher Stadt- und Tiergarten und die Städtischen Krankenanstalten, bei denen Dank des sozialen Verständnisses für die Einkommens- und Wohnverhältnisse der anderswo empfindliche Besonderechtigungen bringende Schwesternmangel behoben werden konnte.

Stellt man sich bei all den Erfolgen die Zeit nach 1945 wieder vor Augen, wo die zu 37 Prozent zerstörte Stadt schwer um ihre Existenz ringen mußte, so erkennt man, was hier beispielsweise auch der Bund der Steuerzahler lobend bekräftigt, daß sich der planvolle Einsatz aller Kräfte beim Wiederaufbau - denken wir nur an die enormen Anstrengungen der Stadtwerke beim Wiederingangsetzen der Energieversorgung - und der unverdrossene Mut zu schnellen Entschlüssen gelohnt haben. Die Zinsen dieses Handelns werden sich von Jahr zu Jahr steigern zum Wohle erst recht der kommenden Generationen, die der heutigen Kämpfern der Verwaltung und Wirtschaft ihren Dank nicht verenthalten werden.

+ + +